

Schlagabtausch zur 13. AHV- und zur Renteninitiative

Jasmin Pokerschnig (Kantonsrätin Grüne Kt. Zürich) und Matthias Müller (Präsident Jungfreisinnige Schweiz) präsentierten in Otelfingen die Initiativen zur Altersvorsorge und stellten sich der Diskussion und Publikumsfragen.

MARTINA KLEINSORG

OTELFINGEN. «Wir werden alle einmal älter und kommen ins AHV-Alter», erklärte Michael Indlekofer, Präsident der FDP Otelfingen/Boppelsen, die Relevanz der beiden nationalen Vorlagen zur Altersvorsorge, welche am 3. März zur Abstimmung stehen. Die Ortspartei hatte zu einem Publikumsanlass im Golfpark geladen, mehr als 40 Interessierte fanden sich dazu am letzten Mittwochabend ein. Jasmin Pokerschnig, welche für die Grünen im Kantonsrat sitzt, präsentierte die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund eingereichte Initiative «Für ein besseres Leben im Alter», die den Anspruch auf eine 13. AHV-Rente für alle Rentner und Rentnerinnen verlangt. Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, referierte über die von seiner Partei eingereichte Renteninitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge», welche die schrittweise Anhebung des Rentenalters vorsieht.

«Damit die Rente zum Leben reicht»

Ein wichtiger Grund für die 13. AHV-Rente sei der Verfassungsauftrag: Als Fundament der schweizerischen Altersvorsorge soll die AHV-Rente existenzsichernd sein. «Das ist eine Durchschnittsrente von 1800 Franken nicht», zeigte sich Jasmin Pokerschnig überzeugt. «Darum gibt es Ergänzungsleistungen, die man beantragen kann, wenn man sie braucht.» Die Situation habe an «Virulenz» zugenommen, angesichts sinkender Umwandlungssätze



Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig (Grüne), Moderator Florian Fingerhuth (FDP), und Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige Schweiz (v.l.). Bild: mak

der Pensionskassen (PK). Koste doch bereits die Teuerung von Mieten, Krankenkassenprämien, Strom und Lebensmittel eine Monatsrente. Frauen, die etwa aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Familienangehörigen oft nur in Teilzeit arbeiten, hätten erhebliche Rentenlücken zu beklagen. Diese könnten durch eine 13. Rente der AHV, die im Gegensatz zur PK unbezahlte Betreuungsarbeit anerkennt, etwas besser aufgefüllt werden.

Auch wenn alle eine 13. AHV-Rente erhalten sollen, lässt sie den Vorwurf der «Giesskanne» als Gegenargument nicht gelten: «Es ist gut, da 90 Prozent der Bevölkerung mehr herausbekommen als sie einzahlen», bei den Grossverdienern sei es umgekehrt. «Ich unterstütze diese Umverteilung von Reich zu Arm wie auch zum Mittelstand.» Der AHV gehe es gut, sie ha-

be so viel Vermögen wie noch nie, war der letzten Folie ihrer Präsentation zu entnehmen. «Über die Finanzierung der 13. AHV-Rente werden wir sicher noch diskutieren», schloss Jasmin Pokerschnig ihren Vortrag. Diese Frage lässt die Initiative offen.

«Dramatisch rote Zahlen»

Die Finanzierung der AHV sei aufgrund zweier Reformen – der Mehrwertsteuererhöhung und Anhebung des Rentenalters der Frauen – mittelfristig bis 2029 gesichert, stellte Matthias Müller seinem Referat voran. «Danach schreibt das wichtigste Sozialwerk dramatisch rote Zahlen.» Der Grund dafür liege im demografischen Wandel: Aufgrund der höheren Lebenserwartung habe sich die Rentenbezugsdauer seit Einführung der AHV 1948 von durchschnittlich 12 auf heute

21 Jahre erhöht und werde 2050 bei 25 Jahren liegen.

Zudem steige die Zahl der der Pensionierten schneller als jene der Erwerbstätigen, die in die AHV einzahlen. Bis 2050 drohe ein kumuliertes Defizit von 130 Mrd. Franken, das sich bei einer zusätzlichen 13. AHV-Rente auf 250 Mrd. erhöhe. Dem sei mit der Anhebung des Rentenalters gegenzusteuern, wie man es auch im Ausland beobachten könne. «Ein bitzeli länger schaffen», wie Müller es formulierte, bedeutet gemäss Renteninitiative, dass sich das Rentenalter für Männer und Frauen ab 2028 bis 2033 schrittweise auf 66 Jahre erhöht, dann an die durchschnittliche Lebenserwartung mit dem Faktor 0.8 gekoppelt wird und sich in Schritten von maximal zwei Monaten pro Jahr erhöht.

«Sollte die Lebenserwartung entgegen aller Prognosen zurückgehen, sinkt auch das Rentenalter», verspricht Müller. Die Renteninitiative schaffe es mittelfristig bis 2050 zwar nicht, den Schuldenberg auf Null herabzubringen, dafür seien begleitende Massnahmen nötig, doch zumindest auf 60 Mrd. Franken zu halbieren.

Angeregte Fragerunde

Florian Fingerhuth, Vizepräsident der FDP Otelfingen/Boppelsen, führte als Moderator durch die Podiumsdiskussion. Ob er dem Bützer seinen Ruhestand nicht gönne, war seine erste Frage an Matthias Müller. Wer körperlich schwere Arbeit leiste, solle früher gehen können, Frühpensionierung sei daher auch bei der Umsetzung der Renteninitiative eine Option, stellte dieser klar. Ob es nicht kompliziert sei auszurechnen, wann man das persönliche Rentenalter erreiche, wusste der 31-jährige Jungfreisinnige klar zu verneinen: Um Vorhersehbarkeit und Transparenz zu gewährleisten, solle es fünf Jahre vorher Bescheid geben. Auch Christoph Blocher bekäme eine 13.

AHV-Rente, ob das wirklich nötig sei? Das störe sie nicht, liess Jasmin Pokerschnig wissen, «er kann das Geld ja spenden». Was passiere, wenn die 13. AHV-Rente angenommen werde und sich die Bundesversammlung nicht auf eine Finanzierung einigen könne: «Muss das Rentenalter nicht doch angehoben werden?» Sie sei sicher, dass die Parlamentarier von links bis rechts eine Einigung finden werden. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten sah Pokerschnig in der Transaktionssteuer oder einer Erbschaftssteuer ab einer bestimmten Summe. Auch das Thema Ergänzungsleistungen geriet noch einmal in den Fokus der Diskussion. «Es ist nicht würdevoll sie zu beziehen, viele tun es nicht aus Scham», wandte die 62-jährige Grünen-Politikerin ein.

«Bisher war das AHV-Ergebnis doch immer besser als gedacht, ist die Renten-Initiative nicht Angstmacherei?», munkelte Fingerhuth. Er versuche bei den Fakten zu bleiben, der Bund sei da sehr transparent, alle Dokumente im Internet abrufbar, wehrte sich Müller gegen den Vorwurf falscher Prognosen. «Prognosen bleiben Prognosen», hielt Pokerschnig dagegen, man wisse nicht, was bis 2050 alles passiert. Recht gebe sie Müller, dass Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider etwas zur Finanzierung der AHV ab 2030 vorlegen müsse. «Es wird etwas Schlaues vorliegen», zeigte sie sich überzeugt.

Die folgende Fragerunde wurde vom Publikum rege genutzt. Problematisch am steigenden Rentenalter sei auch, dass ältere Arbeitnehmer nach einer Kündigung kaum mehr einen neuen Job finden, ob seitens der Wirtschaft ein Umdenken zu spüren sei, wollte ein Zuhörer wissen. Ein anderer sah die Möglichkeit, den Bundeshaushalt darauf zu durchforsten, ob sich nicht Geld einsparen und in die Sozialwerke umleiten liesse. Der anschliessend offerierte Apéro bot die Möglichkeit zum geselligen Austausch.

Die Gegner des Pistenausbaus informierten

Letzte Woche fand in Regensdorf ein Infoabend zur Pistenverlängerung am Flughafen statt. Moderiert wurde er von Karin Joss von Ikarus Erben. Referent war Urs Dietschi, «Fair in Air», Kantonsrat und Mitglied des Referendumskomitees.

REGENDSORF. 30 Anwesende, vorwiegend aus der Region, darunter der Regensdorfer Gemeindepräsident Stefan Marty, fanden am Donnerstagabend vergangener Woche den Weg ins reformierte Kirchgemeindehaus Regensdorf zu einem Infoanlass zu den Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich, über die am 3. März im Kanton abgestimmt wird. Einige prominente Politiker mussten die Teilnahme absagen, liessen aber dennoch ihre Unterstützung spüren. Organisiert hatte den Anlass die Bürgerorganisation Ikarus Erben, welche die Bevölkerung im Westen des Flughafens vertritt.

Der Präsident von Ikarus Erben, Jakob Scheifele, richtete zur Begrüssung ein paar Worte an die Anwesenden. Er forderte sie auf, Nein zu stimmen und nicht nachzulassen in ihrem Engagement. «Wenn niemand laut wird, macht der Flughafen, was er will», sagte er. In seinem Referat wies Urs Dietschi darauf hin, dass der Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) dauerhaft überschritten werde (ausser in der Corona-Zeit). Der Regierungsrat habe Massnahmen versprochen, schau aber untätig zu. Und dies, obwohl das Wachstum des Siedlungsgebiets längst bekannt sei.

Ausbauegger keine Flughafengegger

Dazu zählte er einige Beispiele auf: So gäbe es Pläne, dass 2030 331 000 Flüge stattfinden, die Gemeinden hätten mehrere Rechtsfälle vor Bundesgericht gewonnen, ohne Konsequenzen. «Jedes KMU muss die Nachtruhe ein-



Referent Urs Dietschi, «Fair in Air», Moderatorin Karin Joss, Ikarus Erben. zvg

halten, der Flughafen nicht», so Dietschi weiter. Sonderbewilligungen würden sehr grosszügig erteilt. Für die Sicherheit brauche es den Ausbau nicht, «der Flughafen ist sicher». Zudem würden auch die Emissionen wachsen (Klimagase und Luftschadstoffe), das Klimaabkommen werde ignoriert, führte der Referent weiter aus und gab auch zu bedenken, dass Lärm krank mache: «Es ist für die Stimmberechtigten die letzte Gelegenheit, Nein zu sagen». Ausbauegger seien aber keine Flughafengegger, bekannte er sich zum Wirtschaftsstandort. «Man kann für einen Flughafen sein, der eine obere Grenze hat.»

Was sich für die Region West mit längeren Pisten ändern würde, wollte jemand aus dem Publikum wissen. «Es können schwerere Flugzeuge starten. Diese steigen langsamer und das macht mehr Lärm», erklärte Urs Dietschi.

Ängste und Rechte

Doch nicht nur Fragen kamen aus der Zuhörerschaft. So stellte jemand fest: «Es gibt ein Menschenrecht auf unge-

störten Schlaf und saubere Luft.» Auch wenn die Flugzeuge leiser würden, die Schadstoffe seien dennoch ein grosses Problem, sagte ein anderer. Am Anlass waren aber nicht nur Gegner des Ausbaus, sondern auch Befürworter vertreten. So bekundete ein Anwesender Angst, dass bei einem Nein der Flughafen in Kürze nicht mehr existieren werde und die Fliegerei in Zürich begraben werden müsse. Er äusserte die Meinung, wer im Raum des Flughafens leben wolle, müsse den Flughafen ohne Vorbehalte akzeptieren. «Es gibt nicht genügend Wohnraum, dass alle an einen ruhigeren Ort ziehen können. Auch die Menschen, die hier leben, haben ein Recht, sich für ihre Gesundheit und Lebensqualität zu wehren», wurde dem entgegen.

Ein Thema waren auch die Flugpreise. «Der Flugverkehr bezahlt keine Abgaben», wurde bemängelt. «Sich immer wehren zu müssen, immer wieder enttäuscht zu werden, recht zu bekommen und doch nichts zu erreichen, mache ebenfalls krank, lautet das Fazit der Organisatoren. (e/sti)

Stärkstes Einwohnerwachstum im Furttal

REGION. Ende 2023 wohnten zum ersten Mal mehr als 1,6 Millionen Menschen im Kanton Zürich. Im Laufe des vergangenen Jahres ist die Bevölkerung um rund 24 000 Personen oder 1,5 Prozent gewachsen. Grund für das Wachstum ist vor allem die Zuwanderung, wobei erstmals auch die Menschen aus der Ukraine mit Schutzstatus zur Wohnbevölkerung zählen. Die Zahl der Geburten ist das zweite Jahr in Folge gering. Das mit Abstand stärkste Wachstum verzeichnet das Furttal mit 3,1 Prozent. Das ist doppelt so viel wie im Kantonsdurchschnitt und mehr als dreimal so viel wie am Pfannenstiel, der Region mit dem geringsten Wachstum im Jahr 2023. Das Furttal wächst vor allem in den stadtnahen Agglomerationsgebieten. Ähnliches gilt

für das Unterland, welches mit 2,1 Prozent das zweitstärkste regionale Wachstum verzeichnet. Auch der Raum Winterthur entwickelt sich mit einer Rate von 1,8 Prozent überdurchschnittlich, hier fallen die ländlichen Gebiete durch eine hohe Dynamik auf. Die Zahl der ausländischen Staatsangehörigen belief sich Ende 2023 auf rund 455 000, was einem Anteil von 28,4 Prozent entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bestand der ausländischen Bevölkerung um 4,5 Prozent gewachsen. Das ist die höchste Wachstumsrate seit 2010. Fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung stammen aus einem EU- oder EFTA-Staat, über 80 Prozent aus Europa. Dies zeigt die aktuelle Bevölkerungserhebung des Statistischen Amtes des Kantons Zürich. (pd)

Anzeige



«Zwei der drei Pisten um wenige hundert Meter zu verlängern, das ist eine kleine Massnahme mit grosser Wirkung. Sie macht den Flugbetrieb stabiler bei allen Wetterlagen. Das verbessert die Pünktlichkeit und sorgt damit für mehr Nachtruhe. Finanziert wird es verursachergerecht aus Flughafengebühren, nicht von Steuergeldern.»

Oliver Bertschinger
Vizepräsident
IG Flughafen Zürich
Regensdorf

